

In den USA betrifft sie derzeit 15 % der Bevölkerung. In den vergangenen 10 Jahren erhöhte sich dort die Zahl der offiziell registrierten Armen von 25 Mill. auf über 34 Mill., in der BRD von 1,5 auf 3 Mill., und in Großbritannien von 3 auf 8 Mill. (ohne Dunkelziffer). Die n. A. betrifft nicht mehr nur die traditionellen Elendsschichten, also die sog. Randgruppen wie Ältere, Behinderte, Ungelernte und Ausländer. Mehr und mehr werden auch Teile des Kerns der Arbeiterklasse erfaßt. Das ist eine Folge der andauernden Strukturkrisen, vor allem im Schiffbau, in der Stahlbranche und im Baugewerbe. In wachsendem Maße sind auch Akademiker bedroht, deren Arbeitskraft über einen längeren Zeitraum quantitativ oder qualitativ nicht den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entspricht. Nach wie vor sind Jugendliche ohne Lehrstellen und solche, die nach der Lehre entlassen werden, sowie Frauen und Werktätige über 45 Jahre besonders betroffen. Das Problem der n. A. ist nicht zu trennen vom Hochrüstungskurs der aggressivsten Kreise des Monopolkapitals, der die Krise der kapitalistischen Staatsfinanzen vertieft und einen massiven Sozialabbau nach sich zieht. Die n. A. wird in absehbarer Zeit noch weiter anwachsen. Sie ist Ausdruck der Unfähigkeit des Kapitalismus, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Wirkungen auf die soziale Lage der Werktätigen zu bewältigen.

neue internationale Wirtschaftsordnung: Bezeichnung für das Ziel der vielfältigen Anstrengungen der sozialistischen Staaten und einer großen Gruppe national befreiter Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zur demokratischen Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und zur Überwindung der Unter-

entwicklung. Diese gemeinsamen Bemühungen richten sich auf völlige Gleichberechtigung und gegenseitigen Vorteil in den außenwirtschaftlichen Beziehungen, d. h. gegen die Vorherrschaft der imperialistischen Staaten, Monopole und Institutionen auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Unterentwicklung ist das Ergebnis kolonialer sowie andauernder neokolonialer Ausbeutung und Ausplünderung durch die —» *internationalen Monopole* und das internationale Finanzkapital (—» *Neokolonialismus*). Kennzeichen und Ursachen für die Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lage vieler —» *Entwicklungsländer* sind die —\* *Auslandsverschuldung*, die andauernde Währungs- und Finanzkrise, die Hochzinspolitik, der Abzug materieller, finanzieller, menschlicher und wissenschaftlicher Ressourcen aus diesen Ländern und die ungleichen Handelsbeziehungen, wie sie von den imperialistischen Staaten praktiziert werden. Zwischen den Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Festigung des Friedens und der Abrüstung besteht ein enger Zusammenhang. Konferenzen der UNO (Vollversammlungen, Welthandelskonferenzen usw., —\* »*Gruppe der 77*«) und der nichtpaktgebundenen Staaten befassen sich seit den 70er Jahren mit den damit zusammenhängenden Problemen. Die sozialistischen Staaten unterstützen die Entwicklungsländer in ihrem Kampf für politische und ökonomische Unabhängigkeit. Sie haben ihren Standpunkt zur Überwindung der Unterentwicklung und zur Schaffung einer n.i.W. wiederholt dargelegt, z. B. in der Deklaration »Die Erhaltung des Friedens und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit« und in anderen Dokumenten der Wirtschaftsberatung der RGW-Mitgliedsländer auf höchster Ebene im Juni 1984. Die Berliner Tagung des Politi-